



## 1. Sitzung

Berlin, Donnerstag, 29. November 2001

Inhalt	Seite
<b>Geschäftliches</b>	
<b>Geburtstagsglückwünsche</b>	
für Sen Freifrau von Friesen _____	1 (A)
<b>Konstituierung</b>	
<b>Ansprache des Alterspräsidenten Dr. Jungnickel</b> _____	1 (A)
<b>Berufung der Beisitzer</b> _____	5 (D)
<b>Feststellung der Beschlussfähigkeit</b> _____	5 (D)
<b>Beschlussfassung</b>	
<b>Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin (einschließlich der bisherigen Anlagen 1 bis 7)</b> _____	6 (A)
Abg. Nelken (PDS) _____	6 (C)
Abg. Ratzmann (Grüne) _____	7 (B)
Abg. Braun (CDU) _____	7 (C)
Abg. Dr. Lindner (FDP) _____	8 (B)
Abg. Gaebler (SPD) _____	8 (C)
Beschluss _____	14 (A)
<b>Wahl</b>	
<b>der Präsidentin/des Präsidenten</b> _____	9 (B)
Ergebnis _____	14 (A)
<b>Glückwünsche des Alterspräsidenten</b> _____	9 (D)
<b>Ansprache des Präsidenten Momper</b> _____	10 (A)
<b>Wahl</b>	
<b>der Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten</b> _____	10 (D)
Ergebnis _____	14 (A)

I n h a l t	Seite
<b>Wahl</b>	
<b>der weiteren Mitglieder (Beisitzer)</b>	
<b>des Präsidiums</b> _____	11 (A)
Ergebnis _____	14 (B)
<b>Einsetzung des Ältestenrats</b> _____	11 (C)
Beschluss _____	14 (C)
<b>Aktuelle Stunde</b>	
<b>Wahlversprechen einhalten – der Bildung</b>	
<b>den Vorrang geben</b> _____	11 (D)
Frau Abg. Dunger-Löper (SPD) _____	12 (A)
Abg. Wolf, Harald (PDS) _____	12 (B)
<b>Einsetzung des Hauptausschusses</b> ____	13 (A)
Beschluss _____	14 (C)
<b>I. Lesung</b>	
<b>Viertes Gesetz zur Änderung des Kirchen-</b>	
<b>steuergesetzes</b>	
– Drs 15/2 – _____	13 (C)
<b>Wahl</b>	
<b>Drei Personen zu Mitgliedern bzw. drei Per-</b>	
<b>sonen zu Stellvertretern der G-10-Kommis-</b>	
<b>sion des Landes Berlin</b>	
– Drs 15/1 – _____	13 (C)

- (A) Alterspräsident Dr. Jungnickel eröffnet die Sitzung um 13.07 Uhr.

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begrüße Sie recht herzlich zur konstituierenden Sitzung der 15. Legislaturperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Ich begrüße insbesondere unsere Ehrengäste, altgediente Parlamentarier sowie die anwesenden Stadtältesten von Berlin.

Wir haben auch ein Geburtstagskind unter uns. Zum heutigen Geburtstag gratuliere ich ganz herzlich Frau Senatorin Juliane Freifrau von Friesen.

[Allgemeiner Beifall]

Ich wünsche Ihnen einen schönen Tag.

Nach Artikel 54 Abs. 5 Satz 2 der Verfassung von Berlin tritt das Abgeordnetenhaus unter dem Vorsitz des ältesten Mitglieds des Hauses zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Mein Name ist Dr. Wolfgang Jungnickel. Ich wurde am 30. April 1928 geboren und frage, ob ein Mitglied des Hauses anwesend ist, das älter ist als ich. Wer traut sich? – Das ist nicht der Fall. Dann werde ich das Amt des Alterspräsidenten wahrnehmen.

Ich eröffne hiermit die 1. Sitzung der 15. Wahlperiode des Abgeordnetenhauses von Berlin.

Meine Damen und Herren! Alterspräsident zu sein ist ein Privileg und kein Verdienst. Und da es sich erübrigt, diesen Menschen durch Wahl zu inaugurieren, auch keine besonderen Kenntnisse nachgewiesen werden müssen, scheint das hier geübte Verfahren das beste zu sein.

[Heiterkeit links]

Dem Alterspräsidenten kann die kurzlebige Existenz seines Amtes auch zugemutet werden,

- (B) [Heiterkeit links]

und man ist, in der Annahme, es sei gefahrlos, geneigt, hinzunehmen, ihm eine hochpolitische Freiheit zuzugestehen, das Recht auf eine unkontrollierte Rede.

Früher, als man das Gebot des 11. 11. noch ernst nahm, wurden die zum Tode Verurteilten in die Bütt gestellt, um ihnen Gelegenheit zu geben, sich frei zu reden. In der Politik ist das anders. Nur wer sich, trotz aller politischen Erfahrung, über die Risiken hinwegsetzt, von der Freiheit der Rede Gebrauch zu machen, obwohl er ja damit rechnen muss, am Leben zu bleiben, hat die Chance, diese schnell wieder dahin scheidende Phase einer Alterspräsidentenlegislatur beim Schopfe zu packen, was hiermit geschehen soll.

Nun beginnt meine Rede.

[Heiterkeit]

Sie rückt **Kulturpolitik** in den Vordergrund. Und weil Kultur allgemein und die Zuordnung der Künste hinein in eine politische Gesellschaft keineswegs so ohne weiteres positiv miteinander korrespondieren und der Streit um Kultur und das weit verbreitete Ressentiment gegenüber den Künsten, insbesondere den zeitgenössischen, so spannungsgeladen sein kann und ist, dass Auseinandersetzungen in Fragen der Ästhetik und der politischen Kultur derart kontrovers werden können, dass sie in eine Art Kulturkampf einmünden, der seine Ursache im Verlust oder in der Abwesenheit von Verständnis und Einsicht in die Notwendigkeit von Kultur und der Bedeutung der Künste als vorantreibende Kraft hat, wobei doch die Künste schon des Öfteren, avantgardistisch, den entstehenden Denkstrukturen unbemerkt vorauslaufen. Deshalb drohen viele Menschen aus Furcht vor neuen Entwicklungen, der Gefahr zu unterliegen, sich rückwärts gewandt zu orientieren, um in vorgeprägtem und überliefertem Schablonendenken Zuflucht zu suchen.

Politik geht derzeit, wie wir alle wissen, im Großen und Ganzen davon aus, dass kulturelle, politische, wirtschaftliche und auch gesellschaftliche Probleme nur in einer wie auch immer gearteten liberalen Gesellschaft zu lösen sind, und man spürt,

dass Politik zunehmend danach beurteilt wird, auf welch ein soziales und kulturelles Niveau sie sich einpendelt und wie es dem schwächsten seiner Mitglieder ergeht, und dass Politik geistige, humanitäre und materielle Armut nicht hinnehmen darf. (C)

Der gegenwärtige Zustand signalisiert anderes und löst bei vielen Menschen Ratlosigkeit aus.

Es sind jedoch derzeit kaum akzeptable Denkmodelle in der politischen Diskussion, die eine wirkliche Weiterentwicklung der Gesellschaft mit ausreichenden und größer werdenden Freiräumen und einem Gewinn an sozialer Sicherheit gewährleisten. Eher ist das Gegenteil der Fall.

Kultur, Menschen- und Bürgerrechte, Solidargemeinschaft und die Freiheiten, wirtschaftliche eingeschlossen, scheinen in ihrer Abhängigkeit voneinander unmerklich, theoretisch und praktisch, zu verschmelzen. Diese Entwicklung ist zwingend, ihre Unumkehrbarkeit jedoch längst noch nicht gesichert. Dabei ist der Erfolg dieser Entwicklung von existentieller Bedeutung, denn das Nichterreichen oder der Verlust dieser sich immer noch weiter bildenden Gesamtheit würde früher oder später zu Verwerfungen führen, auch revolutionären, und aller Wahrscheinlichkeit nach nicht nur aus ideologischen und fundamentalistischen Gründen, sondern auch aus Unsicherheit und dem Verlust von Hoffnung.

Sollte es nicht gelingen, mit den Hilfsmitteln der Politik Freiräume zu erhalten und neue zu schaffen, hätte eine liberale Gesellschaft auf Dauer keine Chance. Dann wäre Kritik in einem direkten Bezug zur sozialen und kulturellen Gesamtsituation angezeigt, die Reformen nach sich ziehen müsste. Und sollte Politik ursächlich Arbeitslosigkeit, Minderung von Wohlstand und allmählich sich ausbreitende Verarmung zur Folge haben, dann wäre diese Politik falsch, dann würden Gefahren heraufbeschworen, die sich verselbständigen können.

Wenn in verschiedenen politischen Lagern, völlig zu Recht, die soziale Marktwirtschaft angemahnt wird, dann wäre man gut beraten, bei ihrer Weiterentwicklung zu versuchen, an die Hochblüte ihrer Erfolge anzuknüpfen und der Neigung zu widerstreben, sie nach den Gesetzen der Vorteilsuche so zu modellieren, bis sie partiellen Interessen und ideologischen Zweckmäßigkeitserwägungen entspricht, und nicht den Versuch zu unternehmen, den Schwachen in irgendeine Kategorie des Versagens hineinzuiinterpretieren. (D)

Hier ist beizeiten gegenzusteuern, in die Zukunft hinein zu prozieren und kreativ neu zu gestalten.

Dazu gehört u. a. – beispielhaft auf die Kulturpolitik bezogen –, das Bewusstsein dafür zu schärfen und den politischen Willen zu entwickeln, dass Kulturpolitik, Forschung und Wissenschaften eingeschlossen, in Zukunft eine hervorgehobene und unabhängige Rolle spielen muss.

[Beifall der Frau Abg. Ströver (Grüne)]

Die wirtschaftlichen Ressourcen des Landes Berlin werden sich nur längerfristig spürbar verbessern lassen, ihre kulturellen dagegen sind unmittelbar und real verfügbar, und sie sind in ihrer Fülle und auch in ihrer qualitativen Substanz sichtbarer zu machen und in einen anderen politischen Kontext zu stellen.

Es bedarf allerdings in den politischen Hierarchien eines gravierenden Umdenkprozesses, um aus dem kulturellen Potential für das Land Berlin optimale Wirkungen zu erzielen.

Kultur und Kulturpolitik müssen für Berlin in Zukunft der antreibende Motor werden. Man sollte sich beizeiten mit dem Gedanken befreunden, dass auf längere Sicht der Kulturetat innerhalb des Berliner Haushalts prozentual wesentlich erhöht werden muss. Ohne wirksame Investitionen in einen Entwicklungsprozess, der das Land Berlin voranbringen soll, wird es keine nennenswerten Erfolge geben.

[Beifall bei der SPD, der CDU, der PDS und den Grünen]

Die Notwendigkeit, Umorganisationen sowie Änderungen der Gewichtungen vorzunehmen, soweit sich das politisch verantworten lässt, bleibt davon unberührt.

**Alterspräsident Dr. Jungnickel**

(A) Die immer wieder eingeforderte, aber nicht ausreichend wahrgenommene Kulturhoheit der Länder, die vielfältigen Teilständigkeiten der unterschiedlichsten Institutionen sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch in zwischenstaatlichen Bereichen, die gleichzeitige Behinderung und Beschränkung privater Initiativen, das Buhlen um Einflussnahme seitens des Bundes bei Gewährung von notwendigen Hilfeleistungen für das Land Berlin, der fehlende Schwung durch gesetzliche Maßnahmen, z. B. durch Modernisierung des Stiftungsrechts, die erfreulicherweise gerade in Gang gekommen zu sein scheint und der dazugehörigen Regularien und vieles mehr, haben kulturelle Bereiche z. T. erheblich geschwächt, oft bis zum Verlust ihrer Existenz.

In Zeiten üppiger Geldflüsse blieb diese Entwicklung zwar nicht unbemerkt, fiel jedoch vordergründig nicht ins Gewicht und wurde durch Kompensation verdrängt. Jetzt sind die entstandenen Mängel durch Hinwegschnelzen der Ressourcen offensichtlich geworden und bedrohen kulturelle Einrichtungen auf unterschiedliche Weise.

Es muss davon ausgegangen werden, dass, wenn so weiter verfahren wird wie bisher, die kulturellen Belange zunehmend gefährdet sein werden, insbesondere dann, wenn sie nicht zu kommerzialisieren oder zu instrumentalisieren sind.

Dabei sind kulturelle Äußerungen und Sehnsüchte alles andere als schnöde Unterhaltung oder bildungsbürgerlicher Schnickschnack und das Betreiben kultureller Übungen mehr als das Töten von Langeweile.

Man kann nicht allorts von Werten reden, die man angeblich zu erhalten und zu verteidigen trachtet, ohne sie schaffen zu wollen und ohne sich darüber im Klaren zu sein, dass man es hier mit einem kaum zu beschreibenden Gesamtraum einer Unsumme von Einzelpersönlichkeitswerten zu tun hat, die über eine Lebensspanne hinweg wachsen müssen und gepflegt sein wollen, um nicht wieder zu veröden.

(B) Kulturpolitik ist ein heikles Unterfangen. Sie erfordert Gestaltungskraft und in gewisser Weise Machtverzicht. Da sie kreativ mithelfen, begleiten und fördern soll, bedarf sie jedoch starker Persönlichkeiten – eigentlich ein Unikum in der politischen Landschaft; denn das Ausüben von Politik impliziert Streben nach Machtgewinn, und das verbietet sich hier weitgehend.

Kulturpolitik wird deshalb von Machtheischenden viel zu oft ignoriert und unterschätzt oder missbraucht, mit Desinteresse bedacht oder, wenn nicht vermeidbar, als politisches Beiwerk respektiert, insbesondere, wenn sich Kulturpolitik als politisch nutzbringend oder politisch verwendbar erweist. Dann wird sie unter Umständen sogar gemocht.

Aber etwas unausrottbar Positives hält Kulturpolitik und Kulturpolitiker am Leben: das hilfreiche Grundgesetz und das nicht hinweg zu manipulierende Gefühl politischer Akteure, dass sie, die Kulturpolitik, irgendwie wichtig zu sein scheint.

Wegen der Fülle komplizierter Zwänge scheint Kulturpolitik daraufhin angelegt zu sein – und hier wird jetzt absichtlich etwas übertrieben –, entweder einfach so vor sich hinzuwuchern oder von Übereifrigen in einen Scherbenhaufen verwandelt zu werden. Gelegentlich wird die Kulturpolitik auch von Rambos heimgesucht, die den Stier bei den Hörnern zu packen suchen, oder von einer besonderen Spezies Starshooter, für die zwar nicht alles Musical ist oder Revue, doch irgendwie Immobilie oder anderweitig verwertbar, die auf den Irr-Sinn der Platzausnutzung – wie beim TV auf die Einschaltquote – als Messzahl starren, in der fehlgeleiteten Annahme, auf diese Weise auch künstlerische Qualität oder kulturellen Bedarf nachweisen zu können.

Es ist mit der Kultur ziemlich verflixt. Je tiefer man darin versinkt, um so weniger ersäuft man. Ein Chaos. Eine Wüste voller Kreativzellen. Deren Herkunft kennt man nicht so genau und deren Ziele noch viel weniger. Und wie es Chaos so an sich hat – das eine, vielleicht das meiste sogar, verglüht und wird zu Schrott, das andere aber, das wächst vor sich hin wie Urschlamm. Und da fängt die Sache an, brenzlich zu werden, denn in diesem Moment, wo dieser Urschlamm sich zu erkennen gibt, wird der Pfennig auf die Goldwaage gelegt, um alles zu verhindern.

(C) Und in dieses Chaos soll und will die Kulturpolitik springen, um sich die Finger zu verbrennen oder – etwas milder ausgedrückt – Kulturlandschaft zu pflegen. Und damit betreten wir das mit Fußangeln und Tretminen angereicherte Terrain und kommen zur Sache.

Was soll die Kulturpolitik machen und was darf sie nicht? – Zunächst einmal so viel wie irgend möglich private Initiativen fördern und mit unternehmerischer Fantasie die kulturellen Potentiale optimal zur Wirkung bringen und für die Alimentation der ihr in Obhut gegebenen kulturellen Einrichtungen weitgehend Sorge tragen. Dann, bei der Verteilung der Mittel, soll sie versuchen, möglichst kreativ zu sein und sich weder wie eine Kulturkammer zu gebärden und einzumischen noch den Zensor zu spielen. Sie soll versuchen, Selbstbestimmung zu respektieren und Freiheiten in Kunst, Forschung und Wissenschaften nicht nur verbal zu garantieren, sondern auch zu üben, und ein Feeling dafür zu entwickeln, wo das Risiko einzugehen ist, Entwicklungen zu fördern. Auch soll sie versuchen, das Gespür dafür zu kultivieren, Überkommenes nicht am Überleben zu hindern, nur weil es gerade nicht in Mode ist.

Mit anderen Worten: Kulturpolitik soll versuchen, das Instrument Haushalt im Kulturbereich mit äußerster Sensibilität zu handhaben, sich primär an Inhalten und Sachfragen entlang zu orientieren und erst dann das Zahlenwerk sprechen zu lassen, und die Lust zu verdrängen, mal so richtig und möglichst immer öfter Porzellan zu zerschlagen. Und dann soll sie natürlich versuchen, die schon erwähnten Vorbereitungen zu treffen, damit private Initiativen nicht nur gefördert, sondern Politik nachhaltig animiert und privates Engagement ermutigt, selbst umsetzbare Fantasien zu entwickeln.

Kulturpolitik und damit auch der Kulturetat, für den dieses Haus die Verantwortung trägt, gehören deshalb in die erste Reihe politischer und kulturpolitischer Überlegungen und Handlungsabsichten, auch dann, wenn die kulturellen und die künstlerischen Äußerungen kreativer Menschen sich nicht mit der wirtschaftlichen Erfolgserwartung oder einer Mehrheitsmeinung in Einklang bringen lassen und da und dort die entsprechenden Ressourcen erst geschaffen und politisch gewollt werden müssen.

(D) Es wird notwendig sein, durch kontinuierliches Fördern der Künste, zu Gunsten der Stadt, eine Sogwirkung zu erzielen, um Menschen aus der ganzen Welt viel stärker als bisher anzulocken.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der PDS und der FDP]

Es ist ferner zwingend, das Stiftungs- und Spendenrecht entsprechend zu revolutionieren, um die erwünschten Freiräume entstehen zu lassen. Dazu gehört auch ein Aufruf an alle Bürger, bei ihrem Spendenverhalten kulturelle Zwecke verstärkt in ihre Überlegungen mit einzubeziehen, denn ohne das Engagement aller, zumindest aller kulturinteressierten, Menschen und Institutionen kann Berlin nicht das angestrebte Niveau erreichen.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei der FDP]

Die Stadt muss in ihrer Gesamtheit eine einzigartige Agentur werden und das Ziel verfolgen, dass man das Land Berlin mit kulturellen, künstlerischen und wissenschaftlichen Höchstleistungen identifiziert.

Es ist weiterhin unumgänglich, verschiedene kulturpolitische Ziele mit unterschiedlichen Zeitvorstellungen zu verbinden, um zu erreichen, nicht von vornherein für „verrückt“ erklärt zu werden, wenn dringliche kulturpolitische Forderungen angemeldet werden, die zu realisieren etwas längeren Atem benötigen, weil sonst in die Zukunft zielende Projektionen und Konzepte, die auch eine längere öffentliche Diskussion erfordern, überhaupt nicht mehr ins Gespräch gebracht werden könnten.

Aus allen politischen und kulturpolitischen Überlegungen heraus ergibt sich, dass in sämtlichen kulturellen Bereichen verstärkt zu investieren ist, um der jungen Generation optimale

**Alterspräsident Dr. Jungnickel**

- (A) Voraussetzungen für ihre geistige Entwicklung und kreative Entfaltung zu schaffen, weil ohne Förderung der kreativen Anlagen auch eine Persönlichkeitsentwicklung unvollständig bleibt.

[Beifall des Abg. Hoff (PDS)]

Es wäre nicht angemessen, in diesem Rahmen Näheres auszuführen; dazu wird die parlamentarische Arbeit ausreichend Gelegenheit bieten.

Aber, um Möglichkeiten zu eröffnen, darüber intensiv nachzudenken, muss hier eines, wegen der besonderen Bedeutung und Aktualität, angesprochen werden – noch nicht vordergründig die Evaluierung der subventionierten Privattheater, das so genannte Theatergutachten, auch nicht die zu erwartenden Beratungsergebnisse der internationalen Expertenkommission Historische Mitte Berlin, sprich Berliner Schloss-Areal, die nicht ohne das Abgeordnetenhaus verhandelt werden sollten, und andere, sondern die in der Öffentlichkeit bereits diskutierte Absicht oder Tendenz, die Überschüsse der Stiftung Deutsche Klassenlotterie Berlin, die neben dem Hauptstadtkulturfonds so ziemlich die letzten noch halbwegs frei verfügbaren Mittel sind, mit denen im kulturellen Umfeld verloren gegangene Balancen wieder hergestellt werden können, dem Landeshaushalt einverleiben zu wollen.

Hier müssen Warntafeln aufgestellt, und es muss Alarm geschlagen werden.

Man kann über die Vergabepaxis der Lottostiftung und über ihre Konstruktion kritisch diskutieren und Änderungen einfordern, aber eines sollte außer Frage stehen: Die segensreichen Wirkungen in kulturellen, sozialen und sportlichen Bereichen, die von diesen Lottogeldern ausgehen und die von allen Lotto spielenden Bürgern erbracht worden sind und weiter erbracht werden, sind aus dem sozialen Gefüge dieser Stadt kaum noch wegzudenken. Wer hier strukturell fehlerhaft eingreifen und anfallende Geldmengen umwidmen will, der würde ein einmaliges Korrektiv dort zerstören, wo soziale und kulturelle Nöte entstanden sind, und bei den Betroffenen die Malaise produzieren und verstärken.

- (B)

Wenn sich in unserem politischen Gebaren nichts Grundlegendes ändert, dann werden wir in den nächsten Jahren den Haushalt nicht sanieren, sondern an die Wand fahren, weil die Zahlen auf dem Papier vielleicht stimmen, aber die vielgestaltigen Fundamente der Politik, auch die der Nachwuchsförderung, zerbrechen. Und hier haben wir einen Generationsauftrag zu erfüllen.

Ich bin fest davon überzeugt, dass die Zukunft Berlins in der größtmöglichen Entfaltung der kulturellen Bereiche liegen wird und dass Berlin sich anstrengen muss, ihre Möglichkeiten auch zu nutzen.

Es ist kaum vorstellbar, die 15. Legislaturperiode des Abgeordnetenhaus von Berlin ohne einen Hinweis auf den 11. September 2001 zu eröffnen.

An diesem 11. September 2001 hat sich die Welt, mit dem Angriff auf das World Trade Center in New York, nicht nur verändert; sie ist auch sichtbarer geworden. Was mit Terrorismus unvollständig umschrieben wird, ist ein nach Macht strebender Radikalismus, der, wie andere Radikalismen auch, durch Anwendung von Gewalt Recht zu setzen versucht und mit dieser Absicht bereits im Vorfeld der Realisierung von Gewaltanwendung intellektuell unsere Gesellschaft zu zerstören trachtet, auch dann, wenn Anschläge auf Menschen und auf unsere Gesellschaft aus Sehnsucht nach ihr oder aus Furcht vor ihr organisiert und durchgeführt werden. In dieser Phase, gefährdet zu sein aus Liebe oder Hass seitens der Gewaltanwender, scheinen wir uns zu befinden. Und der Versuch und die Versuchung, durch das Hervorheben der Mängel unserer Gefährten und Verbündeten Bündnisse und Bündnispartner im Kampf um Freiheiten jenseits des Rechts auf Kritik zu schwächen oder Loyalitäten zu untergraben oder Solidarität zu entziehen, trägt destruktive und teilweise sogar selbstzerstörerische Züge in sich.

Das Üben von Toleranz, das Herstellen von Solidargemeinschaft, das Praktizieren von Loyalität, der Erwerb und der Erhalt von Freiheiten sind die unverzichtbaren Gegenpositionen zu den Gefahren, die aus Radikalismus erwachsen. Und es bedarf unser

- (C) aller politisches Bemühen, dass unsere geschenkten und erworbenen Freiheiten und Freiheitsrechte bei der Abwehr und Beseitigung entstandener Gefährdungen nicht verloren gehen.

Weder radikale Fundamentalisten noch die von Samuel Huntington beschriebenen und befürchteten Szenarien dürfen eine Chance erhalten, im jetzt laufenden politischen Prozess die Oberhand zu gewinnen, noch dürfen Menschen durch entstehende Konflikte als Folge aufeinander treffender, sich überlagernder oder sich mischender Kulturen und Zivilisationsformen sich dazu verleiten lassen, dem Terror zu gehorchen und aus Furcht ein imaginäres Sicherheitsbedürfnis über die Freiheiten zu stellen. Gleichzeitig müssen als notwendig erkannte Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren akzeptiert werden. Aber dies nur dann, wenn diese – wie zum Teil bereits eingeleitet – ein Verfalldatum tragen, um auszuschließen, dass Freiheitsrechte Gefahr laufen, dauerhaft eingeschränkt oder abgeschafft zu werden.

Zum Schluss noch eine besondere Bemerkung: Nichts ist aus meiner Sicht verwerflicher als die in der Öffentlichkeit und für diese Öffentlichkeit formulierte opportunistisch wirkende politische Positionierung von Menschen, die in der Gesellschaft eine meinungsbildende Wertigkeit erworben haben, und, um diesen Wert wissend, ihn politisch thematisieren und wirksam einsetzen und die Folgen ihrer Äußerungen insbesondere dann, wenn sie destruiierende Kraft entfalten, sehr wohl zu kalkulieren imstande sein müssten; verwerflich auch dann, wenn dieser kybernetische Effekt, Gefahren auszulösen, nicht beabsichtigt gewesen sein sollte. Für diese Bemerkung ist hier nach meiner Meinung der politisch richtige Ort, mitzuteilen, dass die Äußerungen von Günter Grass zum israelisch-palästinensischen Konflikt, bekannt geworden am 10. Oktober 2001, wegen ihrer Tragweite aufs Schärfste zu kritisieren sind und zu hoffen ist, dass er – Günter Grass – die Fähigkeit nicht verloren hat, auch das Unheilvolle seiner in dieser hochbrisanten und komplexen, mit einer Fülle explosiver Problematik angereicherten Sache ausgesprochenen und in die Öffentlichkeit entlassenen Worte richtig einzuschätzen.

[Zuruf von links]

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und gehe zur weiteren Tagesordnung über.

[Beifall bei der FDP, der CDU und der SPD –  
Zuruf von der PDS: Toleranz!]

Bevor ich die Beschlussfähigkeit des Hauses feststelle, möchte ich die vier an Jahren jüngsten Mitglieder des Abgeordnetenhaus in das amtierende Präsidium berufen. Ich bitte folgende Abgeordnete, neben mir Platz zu nehmen: die jüngste, eine Dame von den Grünen, Frau Ramona Pop,

[Beifall]

und den jüngsten, Herrn Erik Schmidt von der Fraktion der FDP,

[Beifall – Dr. Gysi (PDS):  
Czaja müsste auch noch kommen!]

Herrn Benjamin-Immanuel Hoff von der Fraktion der PDS,

[Beifall]

schon ein Altbekannter hier an diesem Platz, und Herrn Mario Czaja von der Fraktion der CDU.

[Beifall]

Ich werde nun die Beschlussfähigkeit des Hauses durch Namensaufruf feststellen lassen. Die aufgerufenen Kolleginnen und Kollegen bitte ich, auf den Namensaufruf jeweils mit Ja zu antworten und sich dabei vom Platz zu erheben. Ich bitte Frau Abgeordnete Ramona Pop, den Reigen zu beginnen!

[Aufruf der Namen]

Damit sind alle Abgeordneten aufgerufen worden. Bis auf eine Entschuldigung sind wir vollzählig, damit hat sich das Abgeordnetenhaus konstituiert. Die Beschlussfähigkeit ist festgestellt. Ich bedanke mich bei den Beisitzern für ihre Hilfe, bitte sie aber, hier noch Platz zu behalten.

Alterspräsident Dr. Jungnickel

(A) Ich rufe auf

**lfd. Nr. 2:**

**Beschlussfassung**

**über die Geschäftsordnung des Abgeordneten-  
hauses von Berlin (einschließlich der bisherigen  
Anlagen 1 bis 7)**

Hierzu liegt ein Änderungsantrag der Fraktion der CDU:

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juni 1999 (GVBl. S. 154), zuletzt geändert durch Beschluss vom 18. November 1999 (GVBl. S. 627) wird mit folgender Änderung beschlossen:

§ 64 erhält folgende Fassung:

„§ 64  
Rededauer

(1) Fragen der Redezeit regelt der Präsident. Dabei sind die Stärkeverhältnisse der Fraktionen zu berücksichtigen. Der Präsident schlägt die Dauer der Redezeit zu den einzelnen Tagesordnungspunkten und deren Verteilung auf die Fraktionen vor.

(2) Auch Mitglieder des Abgeordnetenhauses, die keiner Fraktion und keiner Parlamentarischen Gruppe angehören, müssen bei der Verteilung der Redezeit angemessen berücksichtigt werden.

(3) Das Abgeordnetenhaus kann auf Antrag mit der Mehrheit der Stimmen seiner Mitglieder beschließen, die Redezeit für einzelne Verhandlungsgegenstände anderweitig festzusetzen oder die Beschränkung der Redezeit aufzuheben.

(4) Ist die Beschränkung der Gesamtredezeit aufgehoben, kann der Präsident den Verhandlungsgegenstand für ausdiskutiert und die Aussprache hierüber für geschlossen erklären, sofern dies unter Berücksichtigung ihres bisherigen Verlaufs im Einzelfall erforderlich ist, um ihrer unsachgemäßen Ausweitung entgegenzuwirken. § 62 Abs. 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

(5) Bei einer Aussprache gemäß Absatz 4 kann der Präsident den Verhandlungsgegenstand für ausdiskutiert und die Aussprache hierüber für geschlossen erklären, sofern dies unter Berücksichtigung ihres bisherigen Verlaufs im Einzelfall erforderlich ist, um ihrer unsachgemäßen Ausweitung entgegenzuwirken. § 62 Abs. 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

(6) Spricht ein Mitglied des Abgeordnetenhauses über die Redezeit hinaus, so entzieht ihm der Präsident nach einmaliger Mahnung das Wort. Ausführungen nach Entziehung des Wortes werden in das Plenarprotokoll nicht aufgenommen.

(7) Ergreift in einer Aussprache ein Mitglied des Senats das Wort, so steht jeder Fraktion danach eine angemessene Redezeit zu.“

sowie ein Änderungsantrag der Fraktion der PDS vor:

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juni 1998 (GVBl. S. 154), zuletzt geändert durch Beschluss des Abgeordnetenhauses vom 18. November 1999 (GVBl. S. 627), wird wie folgt geändert:

1. § 9 – Neuer Absatz 2:

„Der Vorsitz im Hauptausschuss steht der Opposition zu.“

2. § 9 Absatz 2 wird Absatz 3.

Wird das Wort zur Aussprache gewünscht?

[Zuruf von der PDS: Ja!]

Ich bitte um Wortmeldungen! – Herr Dr. Nelken von der Fraktion der PDS. – Bitte sehr!

**Nelken (PDS):** Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Es liegen zwei Änderungsanträge zur Geschäftsordnung der 14. Legislaturperiode vor. Einen hat die PDS-Fraktion zu dem Antrag eingereicht, betreffend den **Vorsitz im Hauptausschuss**.

Was geregelt werden soll, ist übersichtlich, und ich denke, da wir heute den Hauptausschuss einsetzen wollen, sollten wir auch heute darüber entscheiden, was woanders – in anderen Landesparlamenten und im Bundestag – guter parlamentarischer Brauch ist: Nämlich dass die **Opposition** den Vorsitz in dem Ausschuss hat, der sich mit Haushalts- und Finanzfragen beschäftigt, sollten wir auch bei uns einführen. Da es bei uns noch nicht Brauch ist, macht sich unseres Erachtens eine Regelung in der Geschäftsordnung notwendig.

Wir wissen, der Brauch basiert darauf, dass das älteste und substantielle Recht, das das Parlament gegenüber der Regierung hat, das Haushaltsrecht ist. Es ist nun so, dass in vom Verhältniswahlrecht geprägten Parlamenten die Mehrheit im Haus immer eng mit der Regierung verbunden ist, und bei den Regierungsparteien das Kontrollbedürfnis gegenüber der Regierung mitunter vom Schutzbedürfnis dieser Regierung gegenüber überlagert wird. Also macht dieser parlamentarische Brauch auch Sinn.

Die Umsetzung ist relativ einfach, weil man lediglich, wenn man die Ausschussvorsitzenden nach der d'hondtschen Reihe vergibt, den Hauptausschussvorsitz für die Oppositionspartei – in dem Fall für die stärkste Oppositionspartei, die den Erstzugriff hat – reservieren muss. Insofern könnte man ohne weiteres dieser Lösung heute zustimmen. Ich bin zuversichtlich, dass Sie das tun werden. Die Grünen haben den gleichen Antrag schon einmal in der 13. Legislaturperiode, als wir die Änderung der Geschäftsordnung diskutiert haben, gestellt. Also denke ich, dass den Grünen, auch jetzt in der Regierung, ihre alten Vorgesetzten nicht abhanden gekommen sind.

[Beifall bei der PDS –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

Die CDU ist in dem Fall die Begünstigte. Vielleicht haben sie inzwischen umgedacht. Ich denke, dass in der FDP-Fraktion einige Abgeordnete sitzen, die auch schon im Bundestag gewesen sind und positive Erfahrungen mit einer solchen Regelung haben.

Jetzt noch ein Wort kurz zu dem Antrag der CDU-Fraktion. Der ist wortgleich mit dem Antrag, der am Ende der 14. Legislaturperiode von der selben Fraktion eingereicht worden ist. Er ist damals abgelehnt worden. Man hätte merken sollen, dass darin einige technische Fehler sind, wenn man ihn wieder einreicht. Das hat man leider nicht beseitigt. Da die CDU-Fraktion nun in diesem Abgeordnetenhaus der 15. Legislaturperiode stark verschlankt ist, scheint dieser Antrag auch keine Erfolgsaussichten zu haben.

Aber wir haben in der damaligen Debatte schon festgestellt, dass dieser Antrag einen rationalen Kern hat, und dies will ich heute auch noch einmal betonen: Man muss sich vergegenwärtigen, dass nach der Regelung, wie sie jetzt gilt – wo alle **Fraktionen** beim **Rederecht** immer gleich behandelt werden –, es z. B. in der 14. Legislaturperiode bei einer Konstellation Rot-Rot-Grün dazu gekommen wäre, dass die Opposition – dann die CDU mit damals fast 40 % – praktisch mit weniger als einem Viertel der

(C)

(B)

(D)

## Nelken

- (A) Redezeit bedacht worden wäre. Eine solche Regelung ist sicher nicht im Sinne des Parlaments. Wenn wir davon ausgehen, dass im Parlament vor der Öffentlichkeit die unterschiedlichen Meinungen dargestellt werden müssen, damit die Bevölkerung die Beschlussfassung des Parlaments auch nachvollziehen kann, ist es unseres Erachtens notwendig, dass Opposition und Regierung bei der Darlegung der Argumente gleichermaßen vertreten sind. Das ist mit der jetzigen Regelung im Prinzip nicht erreichbar – mit der von der CDU-Fraktion vorgeschlagenen Regelung allerdings auch nicht.

Wenn man in der Redezeit das Verhältnis der Stimmenanteile bzw. der **Fraktionsgrößen** abbildet, kommt es z. B. bei einer großen Koalition ebenfalls zu solchen absurden Verschiebungen, wie eben dargestellt. Insofern haben wir eine gewisse Sympathie dafür, dass die jetzige Regelung geändert wird, denn diese Regelung würde jetzt bedeuten, dass z. B. die Opposition bei einer grundsätzlichen Redezeit von 10 Minuten pro Fraktion 20 Minuten Redezeit hätte, die Regierungsfaktionen aber 30 Minuten, wobei noch 10 Minuten an Redezeit der Regierung hinzukämen. Das ist unverhältnismäßig, und insofern müsste etwas geändert werden. Die vorgeschlagene Änderung leistet dies allerdings nicht. Deshalb schlagen wir vor, eine bessere Regelung auszuarbeiten als die, die die CDU-Fraktion vorgeschlagen hat, und den vorliegenden Antrag in den für die Geschäftsordnung zuständigen Ausschuss zu überweisen. Das ist der Rechtsausschuss. Wir beantragen also die Überweisung in den Rechtsausschuss.

[Beifall bei der PDS]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Volker Ratzmann von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – bitte!

[Braun (CDU): Nach welchen Kriterien geht denn das? – Weiterer Zuruf von der CDU: Nach Schönheit!]

- (B) **Ratzmann** (Grüne): Herr Alterspräsident! Meine Damen und Herren! Es ist eben angesprochen und auch von meinem Vorredner bereits gesagt worden: Die Grünen haben immer vertreten, dass die Rechte der Opposition im Parlament gestärkt werden müssen. – Ich will es an dieser Stelle ganz deutlich sagen: Es ist auch nach wie vor unsere Meinung, dass die Rechte der Opposition im Parlament gestärkt werden sollen.

[Vereinzelter Beifall bei der PDS]

Das wird auch Leitlinie unserer Bewertung sein, wenn solche Anträge auf Änderung der Geschäftsordnung eingebracht werden.

[Beifall bei den Grünen]

Das wird auch unser Maßstab bei der Beurteilung solcher Änderungsanträge in den Ausschüssen sein.

Wir halten den Antrag der CDU-Fraktion allerdings für einen Antrag, der nicht unbedingt in diese Richtung geht, und stehen ihm eher ablehnend gegenüber. Der Antrag, den die PDS-Fraktion eingebracht hat – das will ich ebenfalls klar sagen –, geht hingegen durchaus in diese Richtung. Wir selbst haben in der Vergangenheit entsprechende Anträge eingebracht. Wir meinen aber, dass es falsch wäre, einzelne Punkte aus der Geschäftsordnung herauszubrechen und heute in dieser Situation zur Abstimmung zu stellen und zu meinen, man könnte so die Geschäftsordnung in diese Richtung – **Stärkung der Oppositionsrechte** – verändern. Wir halten es für notwendig und richtig, in dieser Situation die Befassung in den Ausschüssen vorzunehmen und die Anträge entsprechend zu überweisen.

Eines möchte ich auch noch deutlich zum Ausdruck bringen: Es ist klar, dass die Anwendung demokratischer Regeln nicht immer den politischen Wunschorstellungen entspricht. Das wird – jedenfalls so, wie es mein Vorredner ausgedrückt hat – dann auch hier so kommen. Es wird dann nämlich genau die Fraktion – jedenfalls nach Ihren Vorstellungen – begünstigt werden, die letztendlich hauptsächlich dazu beigetragen hat, dass

- wir uns gerade im Prozess einer Regierungsneubildung befinden, nämlich die CDU-Fraktion. Der Fraktion, die das hier alles mit zu vertreten hat, wird das haushaltspolitische Steuerungsinstrument wieder führend in die Hand gegeben. Aber das muss man dann wohl, wenn Sie das wollen, auch so in Kauf nehmen. (C)

Es bleibt dabei: Wir beantragen, dass die zur Abstimmung gestellten Anträge zunächst in die Ausschüsse überwiesen werden. – Danke!

[Beifall bei den Grünen und der SPD]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Dr. Lindner von der FDP-Fraktion!

[Braun (CDU): Wann dürfen wir unseren Antrag begründen?]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Dr. Lindner, darf der Herr Abgeordnete Braun erst begründen?

[Dr. Lindner (FDP): Ja, ja! – Heiterkeit]

– Ich bitte, den Regiefehler zu entschuldigen. Wir sind nicht so geübt. – Bitte, Herr Braun!

**Braun** (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gehört eigentlich auch ohne Geschäftsordnung zu den parlamentarischen Regeln, dass zunächst einmal Antragsteller ihre Anträge begründen, bevor dann andere zu den Anträgen sprechen.

Wir haben ein turbulentes Jahr hinter uns – mit einem Koalitionsbruch, mit vorgezogenen Neuwahlen –, und soeben hat sich das Abgeordnetenhaus feierlich konstituiert. Wir, die Abgeordneten, geben uns jetzt eine neue Geschäftsordnung, die Grundlage unserer Arbeit sein und gewährleisten soll, dass die Abgeordneten von Regierungs- und Oppositionsfaktionen mit gleichen Rechten und Pflichten ausgestattet sind. In einer Mediengesellschaft sind die Scheinwerfer der Öffentlichkeit auf die Regierung gerichtet. Ich beklage dies nicht, weise jedoch darauf hin, dass jede Entscheidung der Regierung auch den Angriffen der Opposition standhalten muss. Die Bedeutung der Opposition bedarf wohl in diesem Haus keiner weiteren Erörterung. Im Gegensatz zu anderen fordern wir, die CDU-Fraktion, keine Besserstellung der Opposition, aber wir erwarten auch von der Mehrheit hier im Hause, dass sie die Abgeordneten der Opposition nicht schlechter stellt als die der Regierungsfaktionen. (D)

[Beifall bei der CDU]

§ 64 der Geschäftsordnung sieht vor, dass jede **Fraktion** unabhängig von ihrer Stärke die gleichen **Redezeiten** hat. Dies führt dazu, dass Abgeordnete der Grünen und der FDP, die zusammen weniger Stimmen bei den letzten Wahlen erzielten als die Union, im Abgeordnetenhaus doppelt so lange ihre wahrscheinlich gleichen Regierungsvorstellungen vortragen können wie die Union ihre Ziele und Vorstellungen.

[Heiterkeit – Mutlu (Grüne): Sind Sie Hellseher? – Weitere Zurufe von der FDP und den Grünen – Bm Wieland: Haben Sie eine Ahnung, Herr Braun!]

– Herr Eßer, beruhigen Sie sich! Sie haben nachher noch die Gelegenheit, zu sprechen. Ganz ruhig!

Wir haben bereits in der 14. Legislaturperiode auf den Missstand hingewiesen und sind auch damals von den gleichen Vertretern in die Ausschüsse verwiesen worden. Und in den Ausschüssen ist es dann „versackert“. Wir werden uns mit aller Macht dagegen wehren, dass wir als Oppositionsabgeordnete schlechter gestellt werden. Ich weise darauf hin, dass der Wissenschaftliche Parlamentsdienst der Union auch Recht gegeben hat – hinsichtlich der verfassungsmäßigen Bedenken. Wir werden deshalb – und ich kündige das hier schon an – für den Fall, dass diesem Antrag heute nicht stattgegeben wird, auch den Verfassungsgerichtshof von Berlin anrufen, und dann werden wir ja einmal sehen, inwieweit hier die Rechte von Oppositionsabgeordneten ausgehöhlt werden.

**Braun**

- (A) Wir bedauern es außerordentlich, dass es im Wahlkampf nicht gelungen ist, eine inhaltliche Auseinandersetzung über die Konzeption für die Zukunft der Stadt führen zu können.

[Cramer (Grüne): Weil alles über die Bankenkrise geredet hat!]

– Herr Cramer, seien Sie doch einmal einen Moment ruhig!

[Frau Dr. Klotz (Grüne): Das war ein parlamentarischer Zwischenruf! – Cramer (Grüne): Ich habe doch noch gar nicht „Landowsky“ gesagt! – Heiterkeit]

– Herr Cramer, nehmen Sie sich das Strickzeug! Dann sind Sie ruhiger, und dann können wir auch weiter diskutieren.

[Dr. Rexrodt (FDP): Ein bisschen lockerer! – Weitere Zurufe]

Die CDU wird eine konstruktive Opposition sein. Sie wird nicht nur deutlich machen, dass sie sich der Verantwortung für den Berliner Haushalt nicht entzogen hat, sondern sie wird auch deutlich machen, dass die Stadt in Bildung, Wissenschaft, Kultur und Arbeitsplätze investieren muss. Sie wird auch aufzeigen – und die ersten Ergebnisse aus den Koalitionsverhandlungen beweisen dies –, dass Rot-Grün keine Lösung für die Probleme der Stadt hat und die Ampel Stillstand bedeutet.

Ich bleibe dabei: Unter der Führung von Eberhard Diepgen hat der Senat in den letzten zehn Jahren trotz aller Schwierigkeiten Großartiges geleistet,

[Heiterkeit links]

verkrustete Strukturen aufgebrochen und die Lebensbedingungen in Ost denen in West angeglichen.

[Vereinzelter Beifall bei der CDU – Frau Dr. Klotz (Grüne): Ist das zur Geschäftsordnung? – Zuruf des Abg. Wolf, Harald (PDS)]

– Wir reden dazu, weil wir jetzt nämlich zum Haushalt kommen, Frau Klotz! Wir verkennen nicht die Haushaltslage des Landes Berlin, aber jede Krise öffnet auch Chancen.

(B)

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Braun! Wir diskutieren die Geschäftsordnung.

**Braun (CDU):** So ist es! –

[Heiterkeit]

Und diese Chance muss ein verantwortungsvoller Senat nutzen.

[Zuruf des Abg. Wolf, Harald (PDS)]

Die PDS-Fraktion fordert, dass der **Hauptausschussvorsitzende** von der **Opposition** gestellt wird. Wir halten eine gesetzliche Regelung hierüber nicht für notwendig. Wir weisen aber darauf hin, dass es dem parlamentarischen Brauch in den meisten Landtagen und im Bundestag entspricht, diese wichtige Funktion mit einem Oppositionsvertreter zu besetzen. Ich glaube allerdings nicht, dass die neuen Regierungsfaktionen die Größe und die Kraft haben, einen Hauptausschussvorsitzenden der Opposition zu akzeptieren.

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Bitte bleiben Sie bei der Geschäftsordnung!

**Braun (CDU):** In der Öffentlichkeit würde nämlich dann deutlich, dass jedenfalls die CDU-Fraktion – entgegen permanenten Verleumdungen von Seiten der SPD – auch haushaltspolitisch Verantwortung für die Stadt übernimmt. Es bleibt abzuwarten, ob die Regierung dazu die Kraft hat. – Vielen Dank!

[Beifall bei der CDU]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Dr. Lindner!

**Dr. Lindner (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beschränke mich auf die Geschäftsordnungsanträge.

[Beifall bei der SPD, der PDS und den Grünen]

Herr Kollege Braun, wir akzeptieren Folgendes nicht: An einer ganz konkreten parlamentarischen Situation einen Geschäftsordnungsantrag festzumachen – nämlich daran, wie hier die Mehrheitsverhältnisse sind und wie möglicherweise Koalitionen entstehen. (C)

Insgesamt verstehen wir die Hektik nicht, mit der hierbei vorgegangen werden soll. Wir haben heute die konstituierende Sitzung. In dem zuständigen Ausschuss wird ausreichend Zeit sein, über die Geschäftsordnung zu reden. Deswegen werden wir – das gilt für beide Anträge – der Überweisung in den zuständigen Ausschuss zustimmen.

Zwei inhaltliche Bemerkungen: Das Wort „**parlamentarischer Brauch**“ ist mehrfach gefallen. Hier ist es offensichtlich seit 50 Jahren die Regel, dass die Redezeit so und nicht entsprechend dem Antrag aufgeteilt wird. Unter dem Aspekt, dass das hier somit geübter Brauch ist, verstehen wir nicht, weswegen wir es nun im Hauruckverfahren ändern sollen.

[Dr. Rexrodt (FDP): Aber ich!]

Es gibt vielleicht durchsichtige Gründe, aber materiell drängt sich keiner auf.

Zum Zweiten: Auch im Antrag von der PDS war vom parlamentarischen Brauch die Rede. Die FDP wird diesem Brauch folgen. Aber wenn es übliche Praxis ist, dann verstehen wir nicht, weswegen wir dazu eine neue Regelung einführen müssen und man es nicht einfach beim parlamentarischen Brauch belässt.

[Beifall bei der FDP – Zurufe von der PDS]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Herr Gaebler von der SPD-Fraktion!

**Gaebler (SPD):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die SPD-Fraktion ist grundsätzlich für Reformen der parlamentarischen Arbeit aufgeschlossen, wenn sie Verbesserungen bringen. Die vorliegenden Anträge erfüllen diese Anforderungen nach erster Durchsicht allerdings nicht. (D)

[Gelächter bei der PDS]

Wir haben sie relativ kurzfristig erhalten.

Zu den **Redezeiten**: Es ist guter Brauch, dass der inhaltliche Standpunkt unabhängig von der Stärke der Fraktionen in gleicher Redezeit deutlichgemacht werden kann. Das Argument „mehr Redezeit für mehr Abgeordnete“ kann nur bedeuten, dass die Fraktionen, die das beanspruchen, offensichtlich mehrere Positionen in ihren Fraktionen haben, die sie hier angemessen darstellen wollen. Wenn die CDU-Fraktion diesen Bedarf hat, fände ich es hilfreich, wenn sie sich auf eine Position einigen und diese darstellen würde. Deshalb sollten wir bei der bisherigen Regelung bleiben.

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

Das gilt auch für die Begründung der PDS-Fraktion. Im Parlament stehen wir nicht als Regierung und Opposition, sondern es nehmen fünf Fraktionen zu der Politik Stellung, die sie entweder ablehnen oder unterstützen. Aber dabei hat jede Fraktion ihre eigenen Identität und ihre eigenen Inhalte. Dieses Recht sollte man nicht schmälern. Wir sollten sie – wie bisher – gleichberechtigt nebeneinander stehen lassen.

[Beifall bei der SPD –  
Vereinzelter Beifall bei den Grünen]

Zum zweiten Änderungsantrag: Dass die stärkste Fraktion den Zugriff hat, halte ich ebenfalls für einen guten Brauch, der sich auch aus Wahlergebnissen ergibt. Wenn Herr Braun sagt, dass er der neuen Regierungsmehrheit die Größe nicht zutraut, dann muss ich ihn fragen, was in diesem Haus seit 1990 Usus war, als die CDU stärkste Fraktion und Regierungspartei war. Wollen Sie damit nachträglich begründen, dass Sie nie die Größe hatten, einer Oppositionsfraktion den **Ausschussvorsitz beim Hauptausschuss** zu übergeben? Wie soll ich das sonst verstehen?

[Beifall bei der SPD und den Grünen –  
Wolf, Harald (PDS): Ich habe das so verstanden!]

**Gaebler**

(A) Ich meine, dass die größte Fraktion das grundsätzliche Recht haben sollte, den Vorsitz im wichtigsten Ausschuss zu stellen. Ob wir als SPD-Fraktion von diesem Recht im vorliegenden Fall Gebrauch machen, werden wir diskutieren und mit den anderen Fraktionen besprechen, aber eine Aberkennung per Geschäftsordnungsantrag halten wir nicht für angemessen und lehnen daher Ihren Antrag grundsätzlich ab. Wir sind allerdings der Meinung, dass es sinnvoll ist, sich insgesamt zu überlegen, wie wir im Parlament die Rechte der Opposition angemessen berücksichtigen können und die parlamentarische Arbeit lebendiger und für die Bürger nachvollziehbarer gestalten können. Das können wir im zuständigen Ausschuss beraten, weswegen wir einer Überweisung zustimmen. – Danke!

[Beifall bei der SPD und den Grünen]

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. – Damit liegen zwei Anträge zur Abstimmung vor, nämlich zunächst die Überweisung. Wer der Überweisung beider Anträge zustimmt, den bitte ich ums Handzeichen!

[Zurufe: Einzeln!]

Ich dachte, das können wir bei der Überweisung gemeinsam machen. – Aber gut: Ich rufe zuerst den Geschäftsordnungsantrag der CDU zur Überweisung auf. Wer dafür ist, den bitte ich ums Handzeichen! – Das ist eindeutig die Mehrheit. Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Bei Gegenstimmen von der CDU ist das überwiesen.

Dann kommen wir zum Geschäftsordnungsantrag der PDS. Ich lasse über die Überweisung abstimmen. Ich bitte um Ihr Handzeichen!

[Zurufe]

Es geht um den Geschäftsordnungsantrag der PDS bezüglich des Hauptausschusses. Wer stimmt der Überweisung zu? – Das ist die Mehrheit. Wer ist dagegen?

(B) [Gelächter und Zurufe]

– Es besteht der Wunsch auszuzählen.

[Zurufe]

Wir machen also eine namentliche Abstimmung.

[Gelächter und Zurufe]

– Meine schlaun Ratgeber sagen, ich soll eine geheime Abstimmung durchführen. Sie müssen mit Ihrer Stimmkarte abstimmen.

Hatte jeder Gelegenheit, seine Stimme abzugeben? – Dann schließe ich die Abstimmung.

[Gongzeichen – Beifall bei der SPD und den Grünen]

Das Ergebnis: Mit „Ja“ stimmten 71 Abgeordneten, mit „Nein“ 66 Abgeordnete, keine Enthaltung. Damit ist der Überweisungsantrag angenommen.

Wer nun der Geschäftsordnung mit den Anlage 1 bis 7 und unter Änderung des DM-Betrages in Euro zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist die Geschäftsordnung der 14. Wahlperiode einschließlich der 7 Anlagen übernommen.

Wir kommen zu

**lfd. Nr. 3:**

**Wahl der Präsidentin/des Präsidenten**

Vorschlagsberechtigt für die Wahl ist die stärkste Fraktion. Von der Fraktion der SPD wird für die Wahl zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin Herr Abgeordneter Walter Momper vorgeschlagen.

Wird in der Aussprache zum Wahlvorschlag das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Gemäß § 11 der Geschäftsordnung wird der Präsident mit der Mehrheit der Stimmen des Abgeordnetenhauses gewählt. Das sind mindestens 71 Stimmen.

Interfraktionell hat man sich darauf verständigt, die Wahl mit verdeckten Stimmzetteln – also geheim – durchzuführen. Ich möchte Ihnen das Wahlverfahren erläutern, insbesondere deshalb, weil wir einige neue Kolleginnen und Kollegen unter uns haben, die das Verfahren hier noch nicht so kennen. Für die von mir aus gesehen rechten Kabinen erfolgt der Namensaufruf für die Buchstaben A bis K. Für den Rest der Buchstaben stehen die linken Kabinen zur Verfügung. Jedem Abgeordneten wird erst vor Eintritt in die Wahlkabine nach Namensaufruf der Stimmzettel ausgehändigt. Nach Ausfüllen des Stimmzettels in der Kabine ist dieser in den Umschlag zu legen und unmittelbar danach in die entsprechende Wahlurne zu werfen. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, dass Abgeordnete nach § 74 Absatz 2 der Geschäftsordnung zurückgewiesen werden müssen, die außerhalb der Wahlkabine ihren Stimmzettel kennzeichnen oder in den Umschlag legen. Um das Auszählen nachher zu erleichtern, bitte ich dringend darum, die Umschläge nicht zuzukleben; im Übrigen können die Umschläge dann wiederverwendet werden.

Wer dem Wahlvorschlag der SPD zustimmen will, der muss unter dem Namen ein Kreuz in das Kästchen mit „Ja“ setzen. Sie haben weiterhin die Möglichkeit, mit „Nein“ zu stimmen oder sich der Stimme zu enthalten. Ein leerer, nicht mit einem Kreuz versehener Stimmzettel gilt als ungültiger Stimmzettel, genauso wie anders gekennzeichnete Stimmzettel oder Stimmzettel mit zusätzlichen Vermerken.

Nun bitte ich Frau Pop, sich an den Wahlkabinen zu meiner rechten Seite aufzustellen; ebenso Herrn Hoff, um die Abgabe der Stimmzettel zu kontrollieren. Herr Schmidt und Herr Czaja gehen bitte auf die andere Seite. Herrn Sascha Steuer bitte ich als nächstjüngsten Abgeordneten, die Namen der Abgeordneten zu verlesen.

Ich weise darauf hin, dass die Fernsehkameras nicht auf die Wahlkabinen ausgerichtet werden dürfen. Alle Plätze direkt hinter den Wahlkabinen und um die Wahlkabinen herum bitte ich freizumachen.

Ich bitte Sie dann, mit dem Aufruf der Namen und der Abgabe der Stimmzettel zu beginnen.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Haben alle ihre Stimmen abgegeben? Ich gehe davon aus, dass jeder aufgerufen wurde und seine Stimme abgegeben hat. – Der Wahlgang wird dann geschlossen. Ich bitte um Auszählung. Die Sitzung wird unterbrochen.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren, ich bitte, die Plätze einzunehmen. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben. – Ich warte noch, bis sich alle wieder eingefunden haben. – Das Ergebnis:

Abgegebene Stimmen:	137,
ungültige Stimmen:	1,
Ja-Stimmen:	97,
Nein-Stimmen:	34,
Enthaltungen:	5.

[Allgemeiner anhaltender Beifall]

Herr Momper, Sie sind mit eindrucksvollem Ergebnis gewählt. Nehmen Sie die Wahl an?

**Momper (SPD):** Jawohl, Herr Präsident!

**Alterspräsident Dr. Jungnickel:** Dann sind Sie ordnungsgemäß gewählter Präsident dieses Hauses, und ich bitte Sie, diesen Platz zu übernehmen. – Herzlichen Glückwunsch auch von hier oben, ich wünsche Ihnen eine gute, glückliche Hand, wenn Sie Ihr Amt übernommen haben werden.

[Beifall – Präsident Momper übernimmt den Vorsitz.]

**(A) Präsident Momper:** Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich danke Ihnen für das Vertrauen, das Sie in mich gesetzt haben, mich in dieses Amt zu wählen. Ich bin mir der Bedeutung des Amtes, der Repräsentation des gesamten Parlaments nach außen, aber auch nach innen gegenüber allen Fraktionen gleichermaßen Gerechtigkeit herrschen zu lassen, wohl bewusst. Für jemanden, der eher als polarisierender Typ gilt, ist das für mich eine Herausforderung.

[Heiterkeit bei der SPD]

Ich möchte das auch in Ihren Augen so bestehen, dass alle zufrieden sind.

Ich verbinde diesen Dank an Sie mit dem Dank an den Herrn Alterspräsidenten, dass er uns so weit in dieser Tagesordnung gebracht hat. Herzlichen Dank, Herr Dr. Jungnickel!

[Allgemeiner Beifall]

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte zu Beginn unserer Sitzung nicht versäumen, dem scheidenden Präsidenten, der auf der Tribüne sitzt, Herrn Führer, für seine Amtsführung zu danken.

[Allgemeiner, anhaltender Beifall]

Ich danke auch dem scheidenden Vizepräsidenten, Herrn Dr. Luther, für seine Amtsführung.

[Allgemeiner Beifall]

Ich möchte ganz persönlich an die beiden Kollegen hinzufügen: Ich bedanke mich für die angenehme Art der Zusammenarbeit, die wir in dieser kurzen Legislaturperiode miteinander hatten. Ich verbinde diesen Dank – den persönlichen, aber auch den des Hauses – mit dem Dank an die scheidenden Präsidiumsmitglieder, die ich auf den Tribünen sehe. Auch Ihnen herzlichen Dank für die Geschäftsführung hier im Hause!

[Allgemeiner Beifall]

**(B)** Ich möchte nicht versäumen, den beiden Kirchen in unserer Stadt und der St.-Lukas-Gemeinde dafür zu danken, dass sie heute morgen den ökumenischen Gottesdienst ausgerichtet haben.

[Allgemeiner Beifall]

Ich möchte auch nicht versäumen, auf den Tribünen nicht nur die Zuschauer zu begrüßen, sondern insbesondere auch die Altpräsidenten, Herr Walter Sickert und Herr Lummer.

[Allgemeiner Beifall – Zuruf]

– Die Brandenburger begrüße ich, danke für den Hinweis! Ich begrüße unseren Nachbarn aus Brandenburg oder, genauer gesagt, aus Potsdam, Herrn Dr. Knoblich und Herrn Habermann. Herzlich willkommen!

[Allgemeiner Beifall]

Es ist ein guter Brauch, dass Nachbarn sich besuchen.

Und dann möchte ich noch die früheren Vizepräsidenten, soweit ich sie gesehen habe, in unserer Mitte begrüßen. Frau Frohnert sehe ich und Frau Wiechatzek. Herzlich willkommen! Wir freuen uns, dass Sie da sind.

[Allgemeiner Beifall]

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eine kurze Rede halten, zu weniger großen Themen, mehr zu den kleinen, die uns betreffen.

Es ist ja so, nach 10 Jahren großer Koalition stehen wir erkennbar auf einer anderen Stufe der Entwicklung.

[Heiterkeit links]

– Das bezog sich auf die Stadt. – Wir werden hier im Parlament wieder normale parlamentarische Verhältnisse bekommen in dem Sinne, dass es eine, wie ich doch denke, auskömmliche – von der Stimmenzahl her – Koalition gibt, dass es aber auch von der Stimmenzahl her eine starke Opposition gibt. Das wird die Verhandlungen hier sehr viel interessanter machen. Das wird für

uns alle mehr Spannung und mehr Spaß bringen. Es ist auch – knappe Mehrheiten sind so – unter machtpolitischen Gesichtspunkten nicht uninteressant. Und eines ist damit verbunden, und da sind wir alle mehr gefordert, als das in den letzten 10 Jahren der Fall war: Die Öffentlichkeit wird auf die Verhandlungen im Parlament sehr viel mehr blicken als in den vergangenen 10 Jahren. Das sollte für uns alle auch Herausforderung sein: den Erwartungen der Öffentlichkeit an uns Abgeordnete gerecht zu werden.

Das ist das Erste. Und das Zweite ist: Wir alle wissen, das Haus, so darf ich unterstellen, die Parteien jedenfalls sind sich darüber einig, dass Berlin vor der denkbar größten finanzpolitischen Herausforderung steht, selbst verglichen mit den 30er Jahren. Darüber sind sich alle Parteien bisher einig gewesen.

[Niedergesäß (CDU): Immer schon!]

Wir alle – das ganze Parlament, jeder an seiner Stelle, Koalition und Regierung und Opposition genauso – sind gefordert, diese Situation zu bestehen und sie zu meistern im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt und das dürfte wohl der Wunsch des ganzen Hauses sein – in höchstmöglich sozialer Art, obwohl alle in der Stadt betroffen sein werden. Das ist eine Herausforderung für uns. Jeder in seinem Bereich – nicht nur die Mitglieder des Hauptausschusses – wird dafür arbeiten müssen, um diese Herausforderung auch individuell als einzelne Abgeordnete oder einzelner Abgeordneter zu bestehen.

Das alles wird schwierig genug, aber ich denke, wir sollten es anpacken. In diesem Sinne sage ich: An die Arbeit für Berlin! – Danke schön!

[Allgemeiner Beifall]

Wir kommen zu

#### lfd. Nr. 4:

#### Wahl der Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten

Nach unserer Verfassung und nach § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung sind zwei Vizepräsidenten zu wählen. Die Fraktionen haben für die Wahl des Präsidenten und der Vizepräsidenten das Vorschlagsrecht in der Reihenfolge ihrer Stärke. Als Vizepräsidenten werden von der Fraktion der CDU Herr Dr. Christoph Stözl und von der Fraktion der PDS Frau Martina Michels vorgeschlagen. Wird zu den Wahlvorschlägen die Aussprache gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Dann können wir zur Wahl schreiten. Wir wählen beide Vizepräsidenten gemeinsam in so genannter verbundener Einzelwahl. Es bleibt beim gleichen Wahlverfahren wie eben. Ich bitte die Beisitzer, an den Wahlkabinen Aufstellung zu nehmen, und bitte nun Frau Tietje, die Namen der Abgeordneten zu verlesen. – Frau Kollegin Tietje, Sie haben das Wort.

[Aufruf der Namen und Abgabe der Stimmzettel]

Meine Damen und Herren! Darf ich fragen, wer seine Stimme noch nicht abgegeben hat? Es gibt noch eine ganze Menge Stimmkarten. Ist noch jemand draußen, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Dann kommen Sie bitte! Können die Assistenten bitte noch einmal draußen fragen, wer noch nicht abgestimmt hat?

[Fortsetzung der Abgabe der Stimmzettel]

Haben nunmehr alle Abgeordneten die Gelegenheit gehabt, Ihre Stimme abzugeben? – Nein.

Nunmehr haben alle ihre Stimme abgegeben. Damit schließe ich die Abstimmung und bitte darum auszuzählen. Ich unterbreche die Sitzung, bis das Ergebnis vorliegt.

[Auszählung]

Meine Damen und Herren! Die Sitzung geht weiter. Ich gebe Ihnen die Abstimmungsergebnisse bekannt, und zwar in der Reihenfolge der Vorschläge nach Fraktionsstärke:

**Präsident Momper**

(A) Für Herrn Dr. Stölzl wurde eine ungültige Stimme abgegeben und 109 Ja-Stimmen; Nein-Stimmen: 15, Enthaltungen: 14. Damit sind Sie gewählt.

[Beifall]

Herr Dr. Stölzl! Ich frage Sie, ob Sie die Wahl annehmen.

**Dr. Stölzl** (CDU): Herr Präsident! Ich nehme die Wahl an.

[Beifall]

**Präsident Momper:** Herzlichen Glückwunsch auch von hier, Herr Dr. Stölzl!

Dann geht es weiter mit Frau Martina Michels. Für Frau Michels wurde auch eine ungültige Stimme abgegeben und 110 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und 11 Enthaltungen.

[Beifall]

Frau Michels! Nehmen Sie die Wahl an?

**Frau Michels** (PDS): Ja, ich nehme die Wahl an und bedanke mich für das Vertrauen.

**Präsident Momper:** Danke schön! Herzlichen Glückwunsch auch von hier oben.

[Beifall]

Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit Frau Michels und auch mit Herrn Dr. Stölzl als Präsidenten.

Ich rufe dann auf

**lfd. Nr. 5:**

**Wahl der weiteren Mitglieder (Beisitzer) des Präsidiums**

(B)

Im Ältestenrat wurde vorgeschlagen, dass das Präsidium einschließlich des Präsidenten und der zwei Vizepräsidenten insgesamt aus 13 Mitgliedern bestehen soll. Wer diesem Vorschlag seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich nun um das Handzeichen. – Danke schön. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit haben wir jetzt die zahlenmäßige Größe des Präsidiums festgelegt. Nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren stehen der SPD vier weitere Mitglieder zu, den Fraktionen der CDU und der PDS je zwei weitere Mitglieder sowie den Fraktionen der FDP und der Grünen je ein Mitglied. Von der Fraktion der SPD wurden dafür vorgeschlagen:

- Frau Abgeordnete Anja Hertel,
- Frau Abgeordnete Christa Müller,
- Frau Abgeordnete Claudia Tietje sowie
- Frau Abgeordnete Jutta Weißbecker.

Von der Fraktion der CDU wurden vorgeschlagen:

- Herr Abgeordneter Michael Borgis und
- Herr Abgeordneter Ulrich Brinsa.

Von der Fraktion der PDS wurden vorgeschlagen:

- Frau Abgeordnete Dr. Löttsch und
- Herr Abgeordneter Giyasettin Sayan.

Von der Fraktion der FDP wurde vorgeschlagen:

- Herr Abgeordneter Axel Hahn.

Von der Fraktion der Grünen wurde vorgeschlagen:

- Frau Abgeordnete Claudia Hämmerling.

Wir haben verabredet – und ich denke, dass das Ihre Zustimmung finden wird –, über die gesamte Liste gemeinsam abzustimmen, und zwar in einfacher Abstimmung durch Handaufheben gemäß § 74 Absatz 1 Satz 1 unserer Geschäftsordnung. – Dazu höre ich keinen Widerspruch. Dann verfahren wir so. Wer

die Genannten wählen möchte, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen. – Danke schön! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so beschlossen. Damit sind alle Beisitzer gewählt. Ich wünsche allen eine gute Arbeit im Präsidium des Abgeordnetenhauses. Ich freue mich auf die Zusammenarbeit mit den bewährten Kräften, aber auch mit den Neuen.

[Beifall]

Aus gegebenem Anlass mache ich darauf aufmerksam, dass erstens das Telefonieren mit dem Handy im Plenarsaal nicht erlaubt ist;

[Vereinzelter Beifall]

zweitens bitte ich darum, dass die Handys im Plenarsaal abgeschaltet werden, weil – wie das mit der modernen Technik und Elektronik ist – dieselbe dadurch irritiert werden könnte. Wir könnten einen Ausfall haben, dann müssten wir alle nachsitzen, und das möchten wir nicht.

Nun danke ich den vier jüngsten Abgeordneten Frau Pop, Herrn Schmidt, Herrn Hoff – der immer jüngster Abgeordneter ist

[Heiterkeit und Beifall]

oder es war, ich weiß nicht, wie es beim nächsten Mal sein wird – und Herrn Czaja, dass sie hier so vortrefflich als Beisitzer ihres Amtes gewaltet und das Parlament so vorangebracht haben. Schönen Dank!

[Beifall]

Auch den Abgeordneten, die beim fehlerfreien Vorlesen der Namen geholfen haben, danke ich. – Dann bitte ich den Herrn Abgeordneten Borgis und die Frau Abgeordnete Dr. Löttsch, als Beisitzer neben mir Platz zu nehmen, damit wir weiter fahren können.

Dann rufe ich auf die

**lfd. Nr. 6:**

**Einsetzung des Ältestenrats**

(D)

Der Ältestenrat der 15. Wahlperiode soll auf Vorschlag des Ältestenrats der 14. Wahlperiode vom 27. November mit insgesamt 12 Mitgliedern eingesetzt werden. Wer so beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann war das einstimmig. Damit ist der Ältestenrat mit insgesamt 12 Mitgliedern eingesetzt; das heißt mit dem Präsidenten und den zwei Vizepräsidenten und neun weiteren Mitgliedern. Ich bitte, mir gemäß § 17 Abs. 1 Satz 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses die übrigen Mitglieder des Ältestenrats möglichst bald und bitte schriftlich zu benennen, soweit die Namen mir nicht schon vorliegen. Die Fraktion der SPD hat das Benennungsrecht für drei weitere Mitglieder, die Fraktionen der CDU und der PDS für zwei weitere Mitglieder und die Fraktionen der FDP sowie die der Grünen für je ein Mitglied.

Dann rufe ich als zusätzlichen Tagesordnungspunkt auf

**lfd. Nr. 6 A:**

**Aktuelle Stunde zum Thema: Wahlversprechen einhalten – der Bildung den Vorrang geben**

auf Antrag der Fraktion der PDS. Der Antrag ist am Montag eingegangen. Im Ältestenrat wurde bereits darauf hingewiesen, dass eventuell für heute die Aussprache vertagt werden soll. Wer will den Antrag begründen? – Oder wird dem nicht widersprochen? – Doch, der Begründung wird widersprochen durch Herrn Wolf. Bitte schön, Herr Wolf!

[Wolf, Harald (PDS): Meines Wissens liegt bisher kein Vertagungsantrag vor! –

Gaebler (SPD): Doch! Wir haben ihn gestellt!]

– Gut, dann ist der gestellt. Herr Gaebler meldet sich. Die Fraktion der SPD bittet um Vertagung und möchte das durch Frau Dunger-Löper begründen lassen. Bitte schön, Frau Dunger-Löper!

(A) **Frau Dunger-Löper** (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir sprechen uns gegen die heutige Behandlung dieser Aktuellen Stunde aus. Ich will das ganz kurz begründen. – Wir haben am 21. Oktober gewählt. Heute haben wir die konstituierende Sitzung, und diese dient in erster Linie dazu, dass wir uns als Parlament arbeitsfähig machen. Wir haben das Präsidium gewählt und den Ältestenrat eingesetzt, und wir werden von jetzt an in den nächsten Sitzungen arbeitsfähig sein. Es gilt natürlich an dieser Stelle auch – der Präsident hat in seiner Antrittsrede schon darauf hingewiesen – nach außen hin zu dokumentieren, dass dieses Parlament handlungsfähig, arbeitsfähig und vor allen Dingen auch zu ernsthafter Arbeit gewillt ist.

[Zuruf von der PDS: Fangen wir gleich an!]

– Seien Sie doch mal ganz ruhig und hören Sie sich erst einmal an, was ich sagen will, und dann kommen Sie vielleicht auch noch dran. –

[Gelächter bei der PDS und der CDU]

Wir wollen an dieser Stelle nicht ungelegte Eier diskutieren. Wir haben die Wahl gehabt, wir haben Sondierungsgespräche gehabt, und wir sind mitten in Koalitionsgesprächen. Es gibt an dieser Stelle noch kein Ergebnis. Und ich denke, ein ernsthaft arbeitendes Parlament wird sich nicht auf Zeitungsmittelungen oder Ähnliches stützen, sondern auf das, was hinterher in einer Regierungserklärung vorgetragen wird, und mit dem man sich dann ernsthaft auseinander setzen kann.

[Beifall bei der SPD, der FDP und den Grünen]

Ich denke, so weit können Sie auch noch geduldig sein. Wir stellen uns gern der Diskussion, aber wirklich dann, wenn eine Grundlage vorhanden ist, und nicht schon jetzt.

Aber eine Sache möchte ich an dieser Stelle noch einmal hervorheben. Wir sind in einer sehr schwierigen finanzpolitischen Situation. Und es ist wirklich auch Ernsthaftigkeit des Umgangs damit geboten. Und deswegen ärgert es mich auch, wie man hier sprachlich mit bestimmten Fakten umgeht. Ich höre immer wieder: Die neue Koalition, die SPD will im Lehrerbereich 2 000 Stellen streichen und sparen. Das ist einfach falsch.

(B)

[Beifall bei der SPD]

Wir haben eine andere Situation – Sie wissen das ganz genau –, wir haben in den nächsten Jahren einen erheblichen Schülerrückgang. Wenn man ihn heute hochrechnet, bedeutet dieser Schülerrückgang, dass 2 000 Stellen nicht mehr gebraucht werden.

[Zuruf von der CDU: Haha!]

Wenn man von diesen 2 000 Stellen nicht jede wegnimmt, sondern welche belässt, dann ist das pädagogische Verbesserung. Diese Redlichkeit in der Argumentation sollten Sie alle an den Tag legen, auch die Opposition. – Ich danke Ihnen!

[Beifall bei der SPD, der FDP und den Grünen –  
Hoff (PDS): Ich frage mich,  
was das für eine Begründung war!]

**Präsident Momper:** Gegen den Vertagungsantrag möchte der Abgeordnete Wolf das Wort ergreifen. Bitte schön, Herr Wolf!

**Wolf, Harald** (PDS): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Dunger-Löper, zur Redlichkeit in der Argumentation gehört auch, dass Sie wie alle anderen Fraktionen in diesem Abgeordnetenhaus bezüglich der 2 100 Stellen, die quasi verfügbar werden durch den Rückgang der Schülerzahlen, im Wahlkampf versprochen haben, dass sie für Verbesserungen in der Schule und für die Verbesserung der pädagogischen Situation eingesetzt werden. Und darüber hätten wir heute gern einmal geredet.

[Beifall bei der PDS und der CDU]

Das ist ja nun das, was Sie versprochen haben, und das ist nun das, was Sie verhandeln. Insofern kann man darüber reden, ob das Glas halb leer ist oder halb voll – gegenüber Ihren Wahlversprechen ist in dem Glas, was Sie zurzeit verhandeln, deutlich weniger drin. Sie gehen ab von dem, was Sie in den Wahlen versprochen haben. Das kann man doch erst mal so zur Kenntnis nehmen, und dann können Sie es hier auch vertreten und begründen, warum Sie das tun. Dann könnten wir hier darüber diskutieren. Das ist genau das, was wir vorschlagen. Ich denke, es kann nicht angehen, dass das Parlament wartet, bis eine Koalition oder die Regierung zu Potte gekommen ist. Das Parlament ist doch in der Lage und alle Fraktionen in diesem Parlament sind in der Lage, ihre Position hier in der offenen Diskussion darzustellen, gegenüberzustellen und – Frau Dunger-Löper, wenn Sie es wollen – vielleicht auch Missverständnisse aufzuklären. Sie treten einerseits vor die Presse, verkünden Ergebnisse, und dann sagen Sie: Im Parlament dürfen diese Ergebnisse nicht diskutiert werden. Ich finde, das ist kein Umgang mit dem Parlament.

(C)

[Beifall bei der PDS und der CDU]

Und Zweitens kann es doch auch nicht angehen – das ist im Übrigen auch nicht die Rolle und die Aufgabe der Opposition –, herzugehen und zu sagen: Na ja, dann warten wir halt mit jeder Diskussion, bis die Koalition in Gründung zu Potte gekommen ist. – Nein, das Parlament ist jetzt arbeitsfähig, es hat sich konstituiert, und es kann diskutieren.

Eine Anmerkung an die Grünen zum Thema parlamentarischer Brauch: Ich kann mich gut erinnern, als wir beide noch in der Opposition waren, dass wir 1995 gesagt haben, es gibt keine Schonfrist für eine Koalition in Gründung, und dass wir das 1999 auch gesagt haben. Und es wurde damals gegen unsern gemeinsamen Protest von Seiten der großen Koalition weggestimmt. Wir bleiben bei unserer Haltung: Es gibt keine Schonfrist für eine Koalition in Gründung, sondern das Parlament kann hier in freier Aussprache diskutieren. Wir werden uns doch hier nicht einer Verhandlungsdisziplin unterwerfen. Das ist nicht unsere Rolle.

(D)

[Beifall bei der PDS]

Ich finde auch, dass es nach der langen Pause, die wir gehabt haben, dem Parlament gut ansteht, das zu diskutieren, was in der Stadt für Unruhe und für öffentliche Diskussionen sorgt. Es steht diesem Parlament gut an, gerade wenn wir sagen, die Finanzlage ist so katastrophal, so schwierig, darüber zu diskutieren: Wie können denn die Wege gefunden werden? Und da möchte ich z. B. auch einmal darüber diskutieren, ob das, was man zurzeit hört von der Koalition in Gründung, nämlich dass die einzigen konkret unterlegten Maßnahmen der Personaleinsparungen diejenigen sind, die Spielräume im Lehrerbereich in erheblichem Umfang für die Konsolidierung zu verfrühstücken, dass die Kürzungen im Bereich der Kitas vorgenommen werden und – das gebe ich zu – das Landespolizeiverwaltungsamt noch einmal ordentlich abspecken muss und bei allen andern 20 % pauschale Minderausgaben diskutiert werden, um auf 1 Milliarde DM Einsparungen zu kommen. Und gleichzeitig – damit Herr Rexroth zufrieden ist – schließt man einen Vertrag zu Lasten Dritter: 1 Milliarde bringt die Regierung, 1 Milliarde müssen die Gewerkschaften bringen. Wenn die Ihnen mal keinen Strich durch die Rechnung machen! Darüber möchte ich gern heute diskutieren, ob das wirklich der Neuanfang ist, ob das die strukturellen Veränderungen sind, ob das die konkreten Maßnahmen sind, die wirklich dauerhaft dazu führen, dass Berlin wieder auf die Füße kommt und die Berliner Finanzen gesunden werden. Das möchte ich gern mal diskutieren. Vielleicht können Sie auch den einen oder anderen wertvollen Hinweis für Ihre Koalitionsverhandlungen verwenden. Insofern bitte ich Sie: Stimmen Sie diesem Antrag zu!

[Beifall bei der PDS –  
Vereinzelter Beifall bei der CDU]

**Präsident Momper:** Danke schön, Herr Kollege Wolf! Es ist für und gegen diesen geschäftsordnungsmäßigen Antrag gesprochen worden. Ich lasse nunmehr abstimmen.

**Präsident Momper**

- (A) Wer der Vertagung seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen! – Danke schön! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Ersteres war die Mehrheit, damit ist die Vertagung – –

[Unruhe – Zuruf aus der PDS: Auszählen!]

– Ich bitte um Nachsicht! Wir lassen auch auszählen. – Hat jeder seine Karte?

[Unruhe]

Damit es auch zukünftig keinen Streit gibt: Wer im Saal ist und seine Karte nicht dabei hat, was menschlich ist, den muss ich es schon ermöglichen, diese zu holen. Da bitte ich wechselseitig um Verständnis.

Jetzt geht es los: Wer der Vertagung seine Zustimmung zu geben wünscht, der muss mit „Ja“ stimmen. – Hat jeder Gelegenheit gehabt, seine Stimme abzugeben? Hat es überall funktioniert? – Ich schließe die Abstimmung. Für die Vertagung haben 70 gestimmt, 66 haben mit „Nein“ gestimmt und einer „ohne Abgabe“. Damit ist die Vertagung beschlossen. Damit ist die Aussprache zur Aktuellen Stunde vertagt.

[Beifall bei der SPD – Pewestorff (PDS):  
Wirklich ein Erfolg der parlamentarischen Demokratie!]

Ich rufe auf

**Ifd. Nr. 7:****Einsetzung des Hauptausschusses**

Auf Wunsch der Fraktionen und vor dem Hintergrund, dass wir als nächsten Tagesordnungspunkt eine Überweisung an einen Ausschuss vornehmen müssen und werden, wurde die Tagesordnung um diesen Punkt erweitert. Der Hauptausschuss muss also schon heute eingesetzt werden.

- (B) Es wird vorgeschlagen, dass der Hauptausschuss der 15. Wahlperiode des Abgeordnetenhaus von Berlin aus insgesamt 29 Mitgliedern bestehen soll. Die Aufteilung der Sitze auf die Fraktionen erfolgt nach dem d'hondtschen Höchstzahlverfahren wie folgt:

SPD: 9 Mitglieder

CDU: 7 Mitglieder

PDS: 7 Mitglieder

FDP: 3 Mitglieder

Grüne: 3 Mitglieder

Mir ist mitgeteilt worden, dass dies Konsens unter den Fraktionen im Hause sei, deshalb wird das Wort jetzt nicht gewünscht. – Wer den Hauptausschuss mit einer Gesamtmitgliederzahl von 29 seine Zustimmung zu geben wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen! – Danke. Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Bei wenigen Gegenstimmen aus der Fraktion der Grünen ist das so beschlossen. Damit ist der Hauptausschuss der 15. Wahlperiode mit seinen 29 Mitgliedern eingesetzt worden.

Ich rufe auf

**Ifd. Nr. 8, Drucksache 15/2:****I. Lesung der Vorlage – zur Beschlussfassung – über Viertes Gesetz zur Änderung des Kirchensteuergesetzes**

Es handelt sich um die I. Lesung, die ich hiermit eröffne und die aus Zeitgründen, wie wahrscheinlich alle wissen werden, vor Ablauf des Jahres erforderlich ist.

Wir haben uns im Ältestenrat darauf verständigt, auf eine Beratung zu verzichten, und ich sehe daher auch keine Wortmeldung. Der Ältestenrat schlägt vor, diese Beschlussvorlage an den soeben von uns eingesetzten Hauptausschuss zu überweisen.

Wer dieser Überweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen! – Danke! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? – Dann war das einstimmig.

Der Hauptausschuss tagt hierzu voraussichtlich am 12. Dezember 2001 und wird noch für unsere nächste Sitzung am 13. Dezember wahrscheinlich eine entsprechende dringliche Beschlussvorlage für die II. Lesung im Plenum vorbereiten.

Ich rufe auf

**Ifd. Nr. 9, Drucksache 15/1:****Wahl von drei Personen zu Mitgliedern bzw. Wahl von drei Personen zu Stellvertretern der G10-Kommission des Landes Berlin**

Zu dieser Wahl liegt ein Antrag auf Vertagung seitens der Fraktion der Grünen vor. – Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Wer diesem Antrag auf Vertagung zustimmen möchte, den bitte ich nunmehr um das Handzeichen! – Danke! Die Gegenprobe! – Enthaltungen? Dann ist das bei wenigen Enthaltungen im übrigen einstimmig so beschlossen.

Damit ist der Punkt für heute vertagt; nach Einigung im Ältestenrat bis auf eine Sitzung im Januar 2002.

Wir sind damit am Ende unserer heutigen Tagesordnung und der Konstituierung angelangt. Dies war die erste ordentliche Sitzung des Abgeordnetenhaus von Berlin der 15. Wahlperiode.

Ich bitte noch kurz um Ihre Aufmerksamkeit! Mitarbeiter der Verwaltung stehen Ihnen jetzt zur Verfügung, um die elektronische Abstimmungsanlage zu erklären und ausprobieren zu lassen. Dies insbesondere für unsere neuen Mitglieder, die diese Anlage noch nicht richtig kennen.

Die nächste Sitzung des Abgeordnetenhaus findet am 13. Dezember 2001 mit Beginn um 13 Uhr statt. – Die Sitzung ist geschlossen. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg.

[Schluss der Sitzung: 15.36 Uhr]

(C)

(D)

(A) Anlage

(C)

## Beschlüsse des Abgeordnetenhauses

### Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin

Die Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin der 14. Wahlperiode in der Fassung der Bekanntmachung vom 18. Juni 1998 (GVBl. S. 154), geändert durch Beschluss vom 18. November 1999 (GVBl. S. 627), wird einschließlich der Anlagen 1 bis 7 angenommen, wobei in der Anlage 1 die Bezeichnung „2 500 Deutsche Mark“ durch die Bezeichnung „1 250 Euro“ ersetzt wird.

### Wahl des Präsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit §§ 11 und 12 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Präsidenten des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter Walter M o m p e r

### Wahl der Vizepräsidentinnen/Vizepräsidenten

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit §§ 11 und 12 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin ist zum Vizepräsidenten/zur Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Herr Abgeordneter Dr. Christoph S t ö l z l

Frau Abgeordnete Martina M i c h e l s

### Wahl der weiteren Mitglieder des Präsidiums

Gemäß Artikel 41 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit §§ 11 und 12 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin sind zu Beisitzern im Präsidium des Abgeordnetenhauses von Berlin gewählt worden:

Frau Abgeordnete Anja Hertel

Frau Abgeordnete Christa Müller

Frau Abgeordnete Claudia Tietje

Frau Abgeordnete Jutta Weißbecker

Herr Abgeordneter Michael Borgis

Herr Abgeordneter Ulrich Brinsa

Frau Abgeordnete Dr. Gesine Löttsch

Herr Abgeordneter Giyasettin Sayan

Herr Abgeordneter Axel Hahn

Frau Abgeordnete Claudia Hämmerling

### Einsetzung des Ältestenrats

Gemäß § 17 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird der Ältestenrat eingesetzt. Er besteht aus insgesamt 12 Mitgliedern.

### Einsetzung des Hauptausschusses

- a) Gemäß Artikel 44 Absätze 1 und 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Abs. 1 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird der Hauptausschuss eingesetzt.
- b) Gemäß Artikel 44 Abs. 2 der Verfassung von Berlin in Verbindung mit § 20 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses von Berlin wird die Anzahl der Mitglieder im Hauptausschuss auf 29 Mitglieder festgelegt.
- c) Die Verteilung der Mitglieder auf die Fraktionen der SPD, der CDU, der PDS, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen erfolgt im Verhältnis 9 : 7 : 7 : 3 : 3.

(B)

(D)